

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Laura Weber

Abg. Franc Dierl

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Markus Saller

Abg. Harry Scheuenstuhl

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durchblick statt Mogelpackungen - Mehr Transparenz und Fairness im Supermarktregal (Drs. 19/9693)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich in die Lage von Familien oder der alleinerziehenden Mutter versetzen, die am Abend noch schnell einkaufen geht, schnell im Supermarkt ihre üblichen Produkte einkauft, für das Abendessen, für die Familie, für das Pausenbrot am nächsten Tag. Das Produkt schaut genauso aus wie immer, es ist gleich groß, die Verpackung schaut genauso aus wie immer, alles ist gleich, nur irgendwann, im Laufe der Zeit, ein paar Monate später, denkt sie sich: Mensch, am Ende des Monats ist immer weniger übrig.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung! – Bitte die Gespräche einstellen!

Laura Weber (GRÜNE): Dann schaut sie mal genauer hin und sieht, dass immer weniger drin ist, in der Packung Schokolade, im Müsli. Es ist immer weniger drin, und die Preise werden auch immer höher.

Ich weiß nicht, wer das Wort "Shrinkflation" schon gehört hat. Ich finde, man sollte es wissen, man sollte sich damit beschäftigen; denn es ist nichts anderes als Betrug. Das

heißt, es gibt Produkte, immer mehr Produkte, mittlerweile Tausende von Produkten im Supermarktregal, wo nach und nach weniger Inhalt drin ist. Die Packungsgrößen sind noch die gleichen. Teilweise werden auch minderwertige Inhaltsstoffe zugesetzt. "Shrinkflation", man kann es auch "Schrumpfflation" nennen, wenn es das besser macht, ist eine Mogelpackung oder eben Betrug. Und hier gibt es keinen Aufschrei. Das wird einfach so hingenommen. Auf Bundesebene ist mal ein kleiner Satz dazu gefallen. Es gibt keinen Aufschrei. Was wäre, wenn es das Auto wäre und man nur die Hälfte davon bekäme, oder ein anderes Produkt oder wenn im Handy der Akku fehlen würde? Denn das nimmt tatsächlich Ausmaße an: Teilweise bekommt man bis zu 50 % weniger für das gleiche Geld.

Bei Lebensmitteln ist das ganz besonders dreist und fies, weil jeder Lebensmittel braucht, gerade Familien brauchen sie besonders. Das heißt, ein großer prozentueller Anteil vom Einkommen geht für Lebensmittel drauf. Lebensmittel sind kein Luxus, kein Nice-to-have, und insbesondere bei Familien mit geringen Einkommen schlägt das wirklich zu Buche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für Lebensmittel werden auf der einen Seite rund 20 % des Einkommens ausgegeben. Das heißt, bei einer bekannten Schokoladenmarke bekommt man mittlerweile 50 % weniger für das gleiche Geld, weil die Schokolade einerseits teurer gemacht wurde und auf der anderen Seite weniger in der Verpackung drin ist. 50 % weniger, zum Beispiel bei der Schokolade oder beim Orangensaftgetränk! Es sind keine Haselnüsse mehr drin oder Palmöl statt Sonnenblumenöl. – Das alles ist unter dieser Mogelpackung zu verstehen.

Auf der anderen Seite gibt es die Lebensmittelindustrie, große Lebensmittelindustrie-konzerne – doch! Sie schütteln den Kopf, aber so ist es –, die gerade über die Corona-Zeiten riesige Gewinne gemacht haben, insgesamt ein Plus von 25 %. In manchen Jahren sind die Gewinne sogar bis zu 80 % gestiegen. Für die Menschen

steigen die Kosten, die Mieten explodieren. Wir müssen da hinschauen, wir müssen das Leben in Bayern bezahlbar machen oder alles dafür tun, dass es bezahlbar bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum geht es in unserem Antrag. Wir brauchen mehr Verbraucherrechte, mehr Verbraucherschutz, mehr Transparenz, gerade auch bei den Lebensmitteln. Ich habe gerade angeführt, warum. Das heißt, wir brauchen eine verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln und eine sichtbare Kennzeichnung. Viele europäische Länder machen uns das schon vor, und da müssen wir dringend nachziehen. Wir brauchen eine gute Preisvergleichbarkeit. Dafür könnte man eine App bereitstellen. Das fordern wir. Außerdem muss man das Kartellrecht konsequent anwenden, damit man weiß, wo das Geld hinfließt, und da Transparenz reinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben von vielen Seiten gehört, auch von Lebensmitteleinzelhandelskonzernen, aber auch von Landwirten, dass da eine absolute Intransparenz herrscht. Da können wir nicht weiter zuschauen.

Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, geht auf allen Ebenen auf eure Kolleginnen und Kollegen zu, setzt euch für Verbraucherrechte, für Transparenz ein, damit wir diesem Betrug ein Ende setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Franc Dierl für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Franc Dierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Titel dieses Dringlichkeitsantrags liest, "Durchblick statt Mogelpackungen", könnte man tatsächlich meinen, jetzt kommt endlich Substanz. Was dann folgt, ist leider genau das Gegenteil: viele Schlagworte, wenig Zuständigkeit und noch

weniger Wirkung. Die GRÜNEN entdecken plötzlich den Supermarkt, allerdings nicht als Ort wirtschaftlicher Realität, sondern als Bühne für politische Symbolik und staatliche Bevormundung.

Die CSU steht dagegen für etwas ganz anderes, für ehrlichen Verbraucherschutz durch klare, praktikable Regeln und nicht durch Aktionismus.

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Dabei will ich ausdrücklich festhalten: Das Grundanliegen, Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor verdeckten Preiserhöhungen zu schützen, ist legitim. Weniger Inhalt und schlechtere Qualität ärgern die Menschen, gerade in Zeiten hoher Preise. Niemand in diesem Haus findet es akzeptabel, wenn weniger drin ist und mehr bezahlt werden muss. Aber genau an dieser Stelle beginnt der Unterschied zwischen guter Absicht und guter Politik. Leider bleibt dieser Antrag der GRÜNEN genau dort, bei der Absicht stehen; denn anders, als hier suggeriert wird, herrscht keineswegs politischer Stillstand. Die Bundesregierung hat sich im geltenden Koalitionsvertrag ausdrücklich verpflichtet,

(Laura Weber (GRÜNE): Ein Satz!)

für mehr Transparenz bei verdeckten Preiserhöhungen zu sorgen. Auch die Verbraucherschutzministerkonferenz hat sich im vergangenen Jahr intensiv mit diesem Thema befasst und den Bund aufgefordert, über entsprechende Maßnahmen zu berichten. Das heißt, das Thema ist dort in Bearbeitung, wo auch die Zuständigkeit liegt: auf Bundes- und auf EU-Ebene. Ein Dringlichkeitsbeschluss des Bayerischen Landtags ist daher weder notwendig noch geeignet, irgendetwas zu beschleunigen. Hinzu kommt, dass die GRÜNEN so tun, als gäbe es bislang keinerlei Regelungen. Das ist schlicht falsch.

Liebe Kollegin Weber, Sie sprechen hier von Betrug. Sie müssen sich einmal schlau machen, was Betrug bedeutet.

(Beifall bei der CSU)

Sie sagen, es wird betrogen bei Verpackungen, die im Handel sind. Wenn bei diesen genau draufsteht, was drin ist, ist das nicht meine Auffassung von Betrug. Da müssen Sie sich einmal schlaumachen.

(Zuruf der Abgeordneten Laura Weber (GRÜNE))

Wir haben ganz, ganz klare gesetzliche Vorgaben: die Preisangabenverordnung, die Pflicht zur Grundpreisangabe, das Wettbewerbsrecht und den EU-Verbraucherschutz. Irreführung ist schon heute verboten, liebe Kollegin Weber. Der Unterschied zwischen CSU und GRÜNEN ist dabei ganz, ganz einfach: Wir setzen bestehendes Recht durch, und Sie erfinden ständig neues Recht. Mehr Aufkleber, mehr Kennzeichnungen, mehr Bürokratie: Am Ende blickt niemand mehr durch, außer vielleicht der Kontrolleur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die geforderte Kennzeichnung von sogenannten Mogelpackungen zeigt die Schwäche dieses Antrags besonders deutlich. Ein verpflichtender Hinweis auf veränderte Füllmengen müsste zeitlich befristet werden, sonst klebt er dauerhaft auf jeder Verpackung. Bei Qualitätsänderungen wird es noch viel, viel komplizierter, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wann liegt überhaupt eine relevante Verschlechterung vor? Wie soll sie objektiv definiert und vor allem rechtssicher nachgewiesen werden? – Wer hier einfache Lösungen verspricht, ignoriert die praktische Umsetzung oder nimmt sie nicht ernst oder will sie nicht ernst nehmen.

Noch abenteuerlicher wird es bei der staatlichen Preisvergleichs-App. Der Freistaat Bayern als App-Entwickler, als digitaler Preisaufseher am Kühlregal: Das ist kein moderner Verbraucherschutz. Das ist nach meiner Meinung planwirtschaftliches Denken im Smartphone-Format.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Verbraucherinnen und Verbraucher haben heute bereits zahlreiche Möglichkeiten, Preise zu vergleichen, privat, marktwirtschaftlich und vor allem freiwillig. Die Erfahrung mit der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe zeigt das ganz, ganz deutlich. Mehr Vergleichspreismöglichkeiten führen nicht automatisch zu niedrigeren Preisen, und anders als beim Tanken sind die Möglichkeiten der Menschen, ihren gesamten Lebensmitteleinkauf ständig nach dem günstigsten Angebot auszurichten, schlichtweg begrenzt.

Auch der Verweis auf das Kartellrecht überzeugt nicht. Hier wird es fast schon grotesk. Sie fordern die Staatsregierung auf, das Kartellrecht konsequent umzusetzen, obwohl Kartellrecht Bundes- und EU-Sache ist. Zuständig sind, wohlgemerkt, unabhängige Behörden, nicht der Bayerische Landtag. Das wäre ja fast so, als würden wir den Ministerpräsidenten auffordern, die Bundesligatabelle neu zu ordnen.

(Lachen und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Konkrete Hinweise auf kartellrechtliche Absprachen im Lebensmitteleinzelhandel liegen derzeit nicht vor. Vor allem sind verdeckte Preiserhöhungen kein Kartellproblem, sondern eine Frage der Transparenz und des bestehenden Wettbewerbsrechts. Dass diese Diskussion nicht neu ist, zeigt auch der Blick in den Bundesrat. Eine entsprechende Entschließung aus dem Saarland von 2024 hat dort keine Mehrheit gefunden. Auch Bayern hat im Plenum nicht zugestimmt, nicht deswegen, weil wir keinen Verbraucherschutz wollen, sondern weil unausgereifte, rechtlich unsaubere Vorschläge den Menschen am Ende nicht helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der grundlegende Unterschied zwischen CSU und GRÜNEN wird an diesem Antrag ganz deutlich. Sie glauben, faire Preise entstehen durch Verbote, Apps und Etiketten. Wir aber wissen, faire Preise entstehen durch Wettbewerb, durch Leistung, durch funktionierende Märkte und durch eine Politik, die Kosten senkt und nicht neue Pflichten schafft. Während die GRÜNEN den Handel mit immer neuen Auflagen überziehen wollen, sorgen wir dafür, dass Unternehmen

investieren können und Arbeitsplätze gesichert werden. Das und nicht ein weiteres Kontrollinstrument der GRÜNEN hilft den Menschen an der Kasse.

Dieser Antrag ist aus meiner Sicht kein Dringlichkeitsantrag, er ist ein Ablenkungsantrag. Er lenkt davon ab, dass grüne Politik in den letzten Jahren vor allem eines produziert hat: steigende Kosten, steigende Preise, wachsende Unzufriedenheit. Die CSU steht für einen ehrlichen Verbraucherschutz, nicht für grüne Mogelpackungen aus dem politischen Regal. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Laura Weber vor. Bitte schön.

Laura Weber (GRÜNE): Herr Dierl, das hört sich ja alles ganz wunderbar an.

Franc Dierl (CSU): Es ist aber schön, dass Sie das sagen.

Laura Weber (GRÜNE): Ja, es hört sich wunderbar an, ist aber leider alles andere als wunderbar. Wenn man den Haushalt anschaut, sieht man, dass gerade im Verbraucherschutz wieder Kürzungen vorgesehen sind. Das nur so nebenbei. Also Verbraucherschutz ist bei der CSU leider Fehlanzeige.

Meine Frage ist: Seit Jahren steigen die Produktpreise im Supermarkt, seit Jahren nimmt die Schrumpfung in den Packungen zu. Was wird wirklich getan, damit das nicht mehr stattfindet und die Menschen genau wissen, was sie kaufen?

Franc Dierl (CSU): Liebe Frau Weber, Ihre Frage zeigt genau den Grund, warum ich hier stehe und nicht so argumentiert habe wie Sie, dass nämlich die freie Marktwirtschaft den Markt regelt und die Menschen, die in den Supermarkt gehen, wissen, was sie kaufen sollen. Wir schreiben eben nicht alles vor. Liebe Frau Weber, wir haben auch eine gewisse Bringschuld und nicht nur Holschulden. Da müssen wir verdammt aufpassen. Ich vertraue darauf, dass die Menschen, die in einen Supermarkt gehen,

das, was sie kaufen, auch anschauen und darauf schauen, was drin ist. Eine Überregulierung führt in dem Fall zu gar nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Liebe GRÜNE, ist das euer Ernst? – Als ich euren Dringlichkeitsantrag gelesen habe, wusste ich nicht, ob ich lachen oder weinen sollte: "Durchblick statt Mogelpackungen". Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass alle Menschen im Land beim Einkauf von Lebensmitteln von transparenten, fairen und günstigen Preisen profitieren. Schon allein bei diesem Satz kam bei mir eine Frage auf: Ich weiß gar nicht, ob euch eigentlich bewusst ist, dass ihr, eure Partei, diese Preisexplosion mitzuverantworten habt.

Ich möchte jetzt einmal auf die Forderungen eingehen, die ihr in eurem Antrag stellt.

Zu Punkt 1, "Einführung einer verpflichtenden und gut sichtbaren Kennzeichnung von Mogelpackungen": Das wäre der einzige Punkt, bei dem wir eventuell mitgehen könnten. Die Betonung liegt hier natürlich auf "könnten". Wie bitte soll denn diese Kennzeichnung aussehen? Zum Beispiel "Achtung, Mogelpackung" oder "Vorsicht, wenig Inhalt"? Vielleicht könnt ihr euch auch vorstellen, dass da wie bei der Zigarettenwerbung ein Bildchen draufkommt. Meiner Meinung nach steht doch eigentlich überall drauf, was in der Packung drin ist, oder? – Das ist wieder typisch Grün: Ihr wollt alles regulieren und kontrollieren.

Dann zu eurem Punkt 2, "Bereitstellung einer verbraucherfreundlichen App zum Preisvergleich im Lebensmittelhandel": Das, liebe GRÜNE, führt wieder zu mehr Bürokratie,

mehr Vorgaben, mehr Besserwisserei und vor allem wieder zu höheren Preisen. Wir brauchen aber weniger und nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zu Punkt 3, "Stärkung des Wettbewerbs durch konsequente Umsetzung des Kartellrechts": Hier kommt die Beobachtungs- und Verbotspartei wieder zum Vorschein. Liebe GRÜNE, der Markt regelt sich von ganz alleine. Dabei ist egal, ob es sich um Lebensmittel, Autos oder Heizung handelt.

Zu Punkt 4, zum Thema transparente und faire Preise: Wenn wir schon über günstige und faire Preise sprechen, dann sollten wir auch darüber sprechen, wie diese entstehen. Wenn man Landwirte gängelt, werden die Produkte im Regal nicht billiger. Das weiß anscheinend jedes Kind, nur die GRÜNEN nicht. Günstige Preise bekommt man aber auch mit günstiger Energie und ohne diese irrsinnige CO₂-Steuer, die ihr maßgeblich mitzuverantworten habt. Hättet ihr lieber einen Antrag gestellt, wie "Weg mit der CO₂-Steuer und raus aus dem Klimaabkommen"; denn genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, würde unserem extrem belasteten Haushalt guttun. Die Wirtschaft, der Mittelstand und die Familien würden dadurch auch spürbar entlastet. Letztendlich ist das aber auch ein Bundes- und kein Länderthema.

Liebe GRÜNE, die einzige Mogelpackung hier seid ihr: außen grün und innen rot. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Franc Dierl hat eigentlich schon umfassend den Antrag zerlegt und aus meiner Sicht völlig richtig zerlegt. Welches Verbraucherleitbild in der EU haben wir denn? – Das Leitbild des Verbrauchers ist der mündige, gut aufgeklärte Verbraucher. Wir haben eine Verbraucherrechtlinie, die wir in Deutschland umgesetzt

haben, vornehmlich in der Preisangabenverordnung. In der Preisangabenverordnung steht genau drin, wie viel an Inhalt in der Verpackung sein muss und was der Preis ist; dann erspart man dem Verbraucher auch noch die Dreisatzrechnung und gibt sogar noch eine Bezugsgröße auf den Liter, das Kilo oder auf 100 Gramm gerechnet an. Diese Information allein reicht, um festzustellen, was man für wie viel Inhalt bezahlen muss.

Das Gleiche gilt für die Inhaltskennzeichnung, wenn Sie an die Qualität gehen. In der Inhaltskennzeichnung stehen die Zutaten drin. Jetzt sagen Sie, das lese ja keiner. – Wofür machen wir es denn dann? Warum setzen wir das Ganze um? – Weil wir von einem mündigen Verbraucher ausgehen und Dummheit nicht schützen wollen. Also so weit kann es nicht gehen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie sagen, der Verbraucher ist dumm?)

Zu Ihrer Idee, dass der Staat jetzt auch noch in irgendeiner Weise auf Preise Einfluss nehmen soll: Der Preis bildet sich am Markt durch Angebot und Nachfrage und dadurch, ob der Verbraucher eine Konsumententscheidung fällt oder nicht. Er entscheidet mündig und hat alle Informationen, um diese Entscheidung zu treffen. Wir wollen uns hier also nicht in Preise einmischen. Dass Preise in der Regel nicht sinken, sondern steigen, wissen wir auch, weil wir eine ständige Inflation haben.

Nur noch zwei Sachen dazu: Meines Erachtens gibt es überhaupt keinen Grund, hier irgendetwas rechtlich zu lösen; der Kollege Dierl hat auch sehr deutlich darauf hingewiesen. Wir haben ein Lauterkeitsrecht. Wenn das jemand zur Täuschung verwendet, dann gibt es die Möglichkeit, es per UWG-Verstoß zu ahnden. Hier haben die Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände in Deutschland auch ein ganz spezielles Klagerecht aus dem Unterlassungsklagengesetz. Das heißt also: Wir haben auch die Waffen und Mittel, dagegen vorzugehen, wenn solche Sachen missbräuchlich verwendet werden. Daher verstehe ich auch nicht, was der Staat hier machen soll. Wir haben uns entschieden, dies letztendlich über Verbandslösungen zu regeln.

Wenn Sie jetzt gesetzliche Regelungen vorschlagen, dann garantiere ich Ihnen: Sie werden schon daran scheitern, eine Definition der Mogelpackung zu formulieren, weil das schlicht und einfach nicht möglich ist. Also mir würde nicht einfallen, wie man das juristisch sauber hinkriegen soll. Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag eigentlich nicht umsetzbar und nicht praktikabel. Wir alle versuchen, Bürokratie abzubauen. Sie wollen wieder einmal auf eine europäische Regelung, die nicht vorhanden ist, eine deutsche oben draufsetzen. Das ist Goldplating par excellence. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Saller, wenn auf EU-Ebene alles so wunderbar funktioniert und alles paletti ist, frage ich: Warum markieren dann immer mehr EU-Länder ihre Produkte? Tun sie das aus Ihrer Sicht grundlos, oder weil sie Spaß daran haben, oder warum tun sie das? Österreich, Frankreich, Rumänien und noch einige weitere Länder wie Griechenland haben das in Planung. Warum tun sie das dann aus Ihrer Sicht? Nur aus Spaß?

Und noch etwas: Sie haben vom dummen Verbraucher gesprochen. Das habe ich nie gesagt, und so lasse ich mich auch nicht definieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Also ich habe mich mit dem Recht der anderen Staaten nicht näher auseinandergesetzt, bin aber der Meinung, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland einen ausreichenden Rechtsrahmen haben, um auch diese Verstöße zu ahnden.

Ich habe nicht "der dumme Verbraucher" gesagt, sondern "Dummheit wird nicht geschützt". Das muss man auch nicht tun, und zwar in keinem Lebensbereich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als bekennender Schokoladenesser stehe ich heute hier und darf davon berichten: Wenn ich einkaufen gehe, dann schaue ich auf den Preis und habe beim Preis natürlich immer ein bisschen im Kopf, was das denn alles so kostet. Dann denke ich, es ist günstig, und wenn ich daheim bin und einmal die Rippen nachzähle, dann steht drauf, dass weniger drin ist. Lieber Kollege Saller, das hat nichts mit Dummheit zu tun, sondern das hat mit Taschenspielertricks zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Verbraucher sind nicht dumm, wie Sie sie bezeichnet haben; das muss man an der Stelle einmal ganz klar sagen.

(Unruhe)

Diesen Taschenspielertrick müssen wir offenlegen. Es ist nämlich unfair, was hier passiert.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Herr Scheuenstuhl, da steht eine Mengenangabe drauf!)

Ich verstehe gar nicht, dass gerade solche großen Konzerne dann solche Taschenspielertricks und Mogelpackungen machen müssen, wobei die Definition – da gebe ich Ihnen natürlich recht – nicht in Ordnung ist.

Kommen wir jetzt zu den Kilopreisen: Ich bin Brillenträger und schaue auf den Kilo- oder Literpreis. Dann habe ich ein Problem: Selbst wenn ich meine Brille abnehme und mich ganz nach vorne beuge, kann ich es immer noch nicht lesen. Das muss man einmal ganz klar sagen. Liebe GRÜNE ich hätte mir eher eine Verordnung gewünscht, der zufolge beide Preise nebeneinander und gleich groß und nicht so klein erscheinen, damit die Verbraucher nicht das Gefühl haben müssen, sie werden über den Tisch gezogen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine soziale Marktwirtschaft und keine freie Marktwirtschaft, bei der man sich bedienen kann, wie man will. Die Menschen brauchen etwas zum Essen und Trinken und nicht dazu, anderen die Taschen vollzumachen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn einer von CO₂-Steuer spricht, dann will ich doch einmal wissen, wie viel Cent das auf der Schokolade ausmacht. Sie erzählen Quatsch, bloß weil man meint, man muss dazu etwas sagen. Wie viel macht die CO₂-Steuer denn aus? Einen halben Cent auf die Tafel Schokolade?

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Das sind 20 %, wenn weniger drin ist. – Wir stimmen zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege Scheuenstuhl.

(Unruhe)

Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Franc Dierl von der CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

Franz Dierl (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, es ehrt Sie schon sehr, dass Sie sich emotional so reinhängen. Es ist immer wieder wunderbar, Sie zu hören; das war es in der Sache dann aber auch schon.

Lieber Herr Kollege Scheuenstuhl, wenn Sie wieder Schokolade kaufen, empfehle ich Ihnen: Bevor Sie daheim die Rippchen zählen und dann feststellen, dass da eines fehlt, schauen Sie doch einmal bei den Preisen nach. Dieser ist in der Regel immer doppelt ausgepreist. Darunter steht nämlich der Grundpreis, bei dem Sie genau sehen, was das Produkt in Gramm oder Liter – je nachdem, was Sie kaufen – kostet.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege, zuhören schadet nicht. Genau das habe ich nämlich gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU)

Sie hören nicht zu. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass daneben der Liter- bzw. Kilopreis angegeben ist und man ihn nicht lesen kann. Vielleicht sollten Sie einmal einkaufen gehen, dann sähen Sie, dass hier nicht ordentlich gearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das hier für ein Ton?

– Michael Hofmann (CSU): Das ist hier keine Comedy-Veranstaltung! Das ist lächerlich!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/9693 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der

AfD. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.